

Kernpunkte 4

April 2013 / Kurzdokumentation zur Kernenergiediskussion: Tatsachen und Argumente

Unbefristete Betriebsbewilligung für Mühleberg

Das Bundesverwaltungsgericht hatte in seinem Urteil vom 1. März 2012 verfügt, dass das Kernkraftwerk Mühleberg «aus Sicherheitsgründen» vorerst nur bis zum 28. Juni 2013 weiter betrieben werden dürfe. Zudem hatte es die Betreiberfirma BKW AG aufgefordert, dem Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) ein Gesuch für den Weiterbetrieb zusammen mit einem umfassenden Instandhaltungskonzept für den Langfristbetrieb des Kernkraftwerks einzureichen. Am 9. August 2012 reichte die BKW die geforderten Unterlagen ein. Gegen das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts führten sowohl die BKW wie auch das Uvek Beschwerde beim Bundesgericht. Das Bundesgericht hat nun beide Beschwerden vollumfänglich gutgeheissen. Damit verfügt das Kernkraftwerk Mühleberg definitiv über eine unbefristete Betriebsbewilligung. Das von der BKW vorsorglich eingereichte Verlängerungsgesuch wird damit gegenstandslos. Alle anderen schweizerischen Kernkraftwerke verfügen bereits über eine unbefristete Betriebsbewilligung.

Energiestrategie 2050 als indirekter Gegenvorschlag zur Atomausstiegsinitiative

Der Bundesrat hat am 15. März 2013 die Ablehnung der Volksinitiative «Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie (Atomausstiegsinitiative)» der Grünen Partei der Schweiz empfohlen. Stattdessen schlägt er dem Parlament seine Energiestrategie 2050 als indirekten Gegenvorschlag vor. Der Bundesrat hält zwar am Ziel des schrittweisen Ausstiegs der Schweiz aus der Kernenergie fest. Im Gegensatz zur Atomausstiegsinitiative will er aber die bestehenden Kernkraftwerke – solange sie sicher sind – in Betrieb lassen und auf fixe Laufzeiten verzichten. Er setzt stattdessen auf die Energiestrategie

2050, um den Energieverbrauch der Schweiz zu senken und den Ausbau der erneuerbaren Energien zeitgerecht voranzutreiben.

Schweizer Stromverbrauch 2012 um 0,6% gestiegen

Der Elektrizitätseinsatzverbrauch der Schweiz ist im Jahr 2012 um 0,6% auf 59,0 Milliarden Kilowattstunden (Mrd. kWh) gestiegen, nachdem er 2011 gegenüber dem Vorjahr um 2,0% gesunken war, meldete das Bundesamt für Energie. Die Elektrizitätsproduktion des schweizerischen Kraftwerksparks stieg 2012 um 8,2% auf 68,0 Mrd. kWh. Die Wasserkraftanlagen erzeugten aufgrund der grossen Niederschlagsmengen und den überdurchschnittlich grossen Schneemengen in den Bergen 18,1% mehr Elektrizität als im Vorjahr. Jedoch nahm die Stromproduktion der fünf schweizerischen Kernkraftwerke um 4,8% auf 24,3 Mrd. kWh ab. Am gesamten Elektrizitätsaufkommen waren die Wasserkraftwerke zu 58,7%, die Kernkraftwerke zu 35,8% und die konventionell-thermischen und anderen Anlagen zu 5,5% beteiligt. Insgesamt wurden 2,2 Mrd. kWh mehr Strom exportiert als importiert. Der Verbrauch der Speicherpumpen und die Übertragungsverluste beliefen sich auf 6,8 Mrd. kWh.

Grossbritannien unterstreicht Kernenergie-Pläne mit neuen Strategien

Die britische Regierung legt in der am 26. März 2013 publizierten Strategie «The UK's Nuclear Future» dar, wie Grossbritannien den grössten wirtschaftlichen Nutzen aus dem Ausbau der Nuklearindustrie ziehen kann – im eigenen Land wie auch im Ausland. Das Papier besagt unter anderem, dass weltweit in den nächsten zwei Jahrzehnten umgerechnet insgesamt über 1000 Milliarden Franken in den Neubau und rund 360 Milliarden in die Stilllegung von

Redaktion:
M.-F. Aepli, B. Bechtold,
M. Brugger, M. Rey,
M. Schorer, D. Stebler

Nuklearforum Schweiz
Postfach 1021
3000 Bern 14
Telefon 031 560 36 50
Telefax 031 560 36 59
info@nuklearforum.ch
www.nuklearforum.ch

Erscheint 12-mal jährlich
ISSN 1421-0347

© 2013 by Nuklearforum Schweiz

Kernkraftwerken investiert werden sollen. Alleine das Neubauprogramm in Grossbritannien habe ein Potenzial von bis zu 40'000 neuen Arbeitsstellen im Nuklearsektor. Ein wichtiges Element der Strategie ist die Stärkung der Forschung und Entwicklung im Nuklearsektor. Ziel der Regierung ist es, Grossbritannien zu einem Schlüsselpartner bei der Entwicklung neuer Reaktorauslegungen für den globalen Markt zu machen. Die gleichentags publizierte «Long-term Nuclear Energy Strategy» führt die Prioritäten bei der Entwicklung der Kernenergie bis 2050 und darüber hinaus auf. Die britische Regierung ist überzeugt, dass die Kernenergie im Jahr 2050 geschätzte 40 bis 50% zum Strommix des Landes beitragen könnte – verglichen mit heute knapp 20%.

Endlagerung in Deutschland: Konsens zum Vorgehen für bundesweite Standortsuche

Die Suche nach einem Standort eines Endlagers für hochradioaktive Abfälle in Deutschland wird neu aufgerollt. Dabei soll kein potenzieller Standort von vornherein ausgeschlossen werden. Läuft alles nach Plan, so werden Bundestag und Bundesrat ein entsprechendes Endlagersuchgesetz noch vor der parlamentarischen Sommerpause verabschieden. Darauf haben sich Vertreter von Bund und Ländern geeinigt. Laut Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) wird als erster Schritt eine 24-köpfige Bund-Länder-Kommission geschaffen, die bis 2015 Grundsatzfragen klärt und Vorschläge zum Standortauswahlverfahren vorbereitet. Bis dahin bleiben die laufenden Projektarbeiten in Gorleben eingestellt und es werden keine neuen Transporte in das dortige Zwischenlager vorgenommen. Entscheide über die einzelnen Schritte des Auswahlverfahrens soll laut BMU künftig der Bundestag per Gesetz treffen. Ziel sei es, den Standort für das Endlager bis spätestens 2031 gefunden zu haben.

Fortschritt bei kanadisch-indischem Handelsabkommen

Kanada und Indien haben ein Verwaltungsabkommen unterzeichnet, das den Weg für die Umsetzung der nuklearen Kooperationsvereinbarung zwischen den beiden Ländern ebnet. Die beiden Länder hatten Mitte 2010 ein bilaterales Abkommen zur Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie abgeschlossen. Zur Umsetzung wurde im November 2012 in Indien ein Verwaltungsabkommen ausgehandelt. Gemeinsam werden die beiden Übereinkünfte kanadischen Unternehmen – unter der Aufsicht der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) – den Handel mit kontrollierten nuklearen Gütern, Ausrüstungen und Technologien von und nach Indien erlauben. Die Abkommen stellen sicher, dass Kernmaterial, Ausrüstung und Technologie aus Kanada in Indien nur für zivile, friedliche Zwecke verwendet werden.

Kanada: keine erhöhte Krebshäufigkeit bei Urananlage

Die Häufigkeit von Krebsfällen in der Nähe der Uranverarbeitungsanlage Port Hope in der kanadischen Provinz Ontario unterscheidet sich nicht von der Krebshäufigkeit in der Gesamtpopulation. Dies ist das Ergebnis einer am 16. Januar 2013 im Journal of Radiological Protection veröffentlichten epidemiologischen Studie. Die Untersuchung haben die Canadian Nuclear Safety Commission (CNSC) und das Radiation Protection Bureau durchgeführt. Sie erfasst sämtliche 1363 Krebsfälle, die im Zeitraum von 1992 bis 2007 in der Gemeinde Port Hope bei den 16'500 Einwohnern diagnostiziert worden sind. Die Autoren der Studie halten fest, dass diese Resultate mit denjenigen früherer Krebsstudien rund um die Verarbeitungsanlage Port Hope übereinstimmen.

Die «Kernpunkte» können Sie auch als elektronischen Newsletter unter www.nuklearforum.ch bestellen.